

**Pressekonferenz**

**Die Grüne Wirtschaft**

mit

**LAbg. Bernd Bösch und Otto Kazil**

Mitglieder des Vorarlberger Wirtschaftsparlamentents

**Wirtschaftskammerwahl 2010**

**Macht braucht Kontrolle**

Harter Wahlkampf unter Ausschluss der Öffentlichkeit –  
eine Bilanz

Bregenz, 26. 2. 2010

## **Eine Wirtschaftskammer des 21. Jahrhunderts**

Viele UnternehmerInnen in Vorarlberg sind mit der Wirtschaftskammer äußerst unzufrieden. Sie empfinden die Kammer nicht als ihre Interessensvertretung und wollen mit dem undurchschaubaren, verstaubten und vom ÖVP-Wirtschaftsbund vereinnahmten Kammer-Apparat nichts zu tun haben.

Die von sehr vielen kritisierte Pflichtmitgliedschaft ist nur zu rechtfertigen, wenn sich die Kammer permanent erneuert, ihr Service laufend verbessert, strikt parteiunabhängig agiert und endlich für alle Mitglieder da ist.

Die Kammer ist zu wichtig, um sie dem ÖVP-Wirtschaftsbund zu überlassen. Wir Grüne UnternehmerInnen wollen mit unserer Kandidatur zur Wirtschaftskammerwahl ein kräftiges Signal für Veränderung setzen.

## **Strukturen des 21. Jahrhunderts**

Die Wirtschaftskammer muss in ihren eigenen Strukturen das moderne Wirtschaftsleben abbilden. Innovative Unternehmen sollen nicht zu Mehrfachmitgliedschaften gezwungen werden, nur weil ihre Produkte und Dienstleistungen nicht in das bürokratische System des Kammer-Apparates passen.

Unnötige und aufgeblähte Zehnfachstrukturen (mit 1.000 Gremien und etwa 17.000 FunktionärInnen) bringen niemanden etwas und verschlingen unnötig die Beiträge der Mitglieder. Dieses Geld soll verstärkt für ein kundennahes Mitgliederservice in der Region eingesetzt werden. Wer ständig die Entbürokratisierung fordert, soll zunächst mit gutem Beispiel vorangehen.

Eine radikale Demokratiereform ist überfällig. Wir fordern ein aufgewertetes Wirtschaftsparlament, das die wirtschafts- und interessenspolitischen Positionen ausreichend diskutiert und den Kurs der Kammer verbindlich festlegt. Der ÖVP-Wirtschaftsbund hat dafür gesorgt, dass in Vorarlberg pro Jahr nur noch eine Sitzung des Wirtschaftsparlaments stattfindet.

## **Für eine ökologische, soziale und nachhaltige Wirtschaft**

Die Klima-, Energie- und Rohstoffkrise ist die zentrale ökologische, soziale und wirtschaftliche Herausforderung der kommenden Jahrzehnte. Die

Bewältigung dieser Probleme birgt aber auch große Chancen für innovative heimische Unternehmen in sich. Die Wirtschaftskammer muss daher in der Energie- und Umweltpolitik ihre konservative, industriefreundliche Bremserrolle aufgeben und diesen Wirtschaftswandel aktiv und chancenorientiert mitgestalten.

### **Für ein gerechteres Steuersystem**

Der Faktor Arbeit ist in Österreich über Steuern, Lohnsummenabhängige Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge äußerst hoch belastet. Wir fordern, dass endlich die von der Kammer Spitze seit vielen Jahren immer wieder versprochene Entlastung der Arbeit durchgesetzt wird. Es kann nicht sein, dass UnternehmerInnen, die hart arbeiten, viel leisten, investieren und Arbeitsplätze schaffen, so wie ihre MitarbeiterInnen ständig zur Kasse gebeten werden, während Vermögende ihre Steuerprivilegien genießen.

### **Für eine Interessensvertretung für Alle**

Zirka 50 Prozent der Vorarlberger Unternehmen sind Ein-Personen-Unternehmen, über 90 Prozent beschäftigen 0 bis 9 MitarbeiterInnen.

Viele nehmen für ihre Unabhängigkeit prekäre Rahmenbedingungen, ein niedriges Einkommen und das volle unternehmerische Risiko in Kauf. Mittlerweile haben die Selbständigen den höchsten „Working-poor“-Anteil aller Berufsgruppen.

Echte Interessensvertretung bedeutet, für zeitgemäße und leistbare Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie für eine umfassende soziale Absicherung bei Krankheit, Schwangerschaft, Betriebsunterbrechung und im Alter zu sorgen. Nur eine staatlich garantierte Grundsicherung bietet wirkungsvollen Schutz vor der Armutsfalle.

### **Macht braucht Kontrolle**

Im Vorfeld der Wirtschaftskammerwahl hat der ÖVP-Wirtschaftsbund mit seinen Anhängeln vom Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Parteifreien jede sachpolitische Diskussion verweigert. Den FunktionärInnen wird seit vielen Jahren der falsche Eindruck vermittelt,

dass ihre Arbeit in der Kammer mit Politik nichts zu tun habe. Unter diesem Deckmantel des Unpolitischen hat sich der ÖVP-Wirtschaftsbund ein Machtmonopol geschaffen, das von diesem beinhart ausgenützt wird.

## **Die Wirtschaftskammer als feudales System**

Unter Wirtschaftsbunddirektor Walter Natter und seinem Präsidenten Manfred Rein verkommt die Wirtschaftskammer immer mehr zu einem feudalen System, in dem

- hochbezahlte Führungspositionen nicht ausgeschrieben, sondern an Freunde vergeben werden
- Beiträge der Pflichtmitglieder über Inserate für die Finanzierung des Wirtschaftsbundes missbraucht werden
- über Inserate von landeseigenen und landesnahen Unternehmen im großen Stil Parteienfinanzierung betrieben wird
- und Aufträge mit einem Volumen von hunderttausenden Euro ohne Ausschreibung an eine Firma vergeben werden, die mehrheitlich dem Wirtschaftsbunddirektor gehört.

Wir haben diese Missstände zum Thema gemacht und in einer Landtagsanfrage an den Landeshauptmann und in einem offenen Brief an den Wirtschaftskammerpräsidenten, der gleichzeitig Obmann des Wirtschaftsbundes ist, Aufklärung verlangt. Der Landeshauptmann hat eine Auskunft über das Ausmaß der Parteienfinanzierung durch Inserate verweigert. Vom Wirtschaftsbundpräsidenten haben wir bis heute keine Antwort bekommen.

Diese Vorgänge zeigen, dass wie wichtig es ist, dass in der Vorarlberger Wirtschaftskammer die Grüne Wirtschaft als eigenständige politische Kraft für ein Mindestmaß an Kontrolle und Transparenz sorgt. Wir wollen derartige Missstände aufzeigen und abstellen.

## **Das mittelalterliche Demokratieverständnis der Wirtschaftskammer**

Die Grüne Wirtschaft will der Machtfülle und dem haarsträubenden Demokratiedefizit in der Kammer mit einer eigenständigen Kandidatur etwas entgegensetzen. Der ÖVP-Wirtschaftsbund hat schon im Vorfeld der

Wahl nichts unversucht lassen, um eine echte Wahl in möglichst vielen Fachgruppen zu verhindern.

- KandidatInnen der Grünen Wirtschaft wurden schon vor der Verlautbarung durch die Hauptwahlkommission kontaktiert, um sie von einer Kandidatur abzubringen.
- Sogar UnternehmerInnen, welche Unterstützungserklärungen für die Grüne Wirtschaft abgegeben haben, wurden kontaktiert.

Damit wurden von Funktionären des ÖVP-Wirtschaftsbundes vertrauliche Daten für parteipolitische Zwecke missbraucht. Die Hauptwahlkommission hat die ÖVP-Funktionäre daraufhin aufgefordert, sich an die Vertraulichkeit zu halten.

Auch jetzt, unmittelbar vor der Wahl, haben sich Funktionäre der Wahlgemeinschaft offenbar vertrauliche Daten besorgt. Ein Callcenter hat „im Auftrag des Fachgruppenobmanns“ Mitglieder der Fachgruppe Verbund und Marktkommunikation angerufen, die eine Wahlkarte angefordert, aber noch nicht an die Kammer zurückgeschickt hatten.

**Dass eine wahlwerbende Gruppe weiß, wer eine Wahlkarte angefordert hat, wer schon gewählt hat und wer noch nicht, ist ein besonders schamloser Bruch der Vertraulichkeit und widerspricht einfachsten demokratischen Standards.**

**All diese Vorgänge zeugen vom mittelalterlichen Demokratieverständnis der ÖVP-dominierten Kammerspitze.**

### **Wahlkampf unter Ausschluss der Öffentlichkeit**

Der Wirtschaftsbund hat sich in diesem zu Ende gehenden Wahlkampf jede sachpolitische Auseinandersetzung verweigert und damit eine Chance vertan, um ihren Pflichtmitgliedern die Bedeutung der Wirtschaftskammer als Interessensvertretung näher zu bringen. In der Öffentlichkeit hat der Wirtschaftsbund versucht jede Diskussion zu unterbinden, indem er auf Fragen und Vorwürfe schlicht und einfach nicht reagiert hat, im Hintergrund wurde auf Teufel komm raus interveniert. Wer im Vorfeld

einer Wahl so agiert, darf sich am Wahltag über eine zu geringe Wahlbeteiligung nicht wundern.

**Wir hoffen sehr darauf, dass am 1. und 2. März die Vorarlberger UnternehmerInnen ihre Stimme als Instrument zur Notwehr gegen die Allmacht des ÖVP-Wirtschaftsbundes in der Wirtschaftskammer nützen.**

**Ich bin überzeugt davon, dass wir gestärkt aus dieser Wahl hervorgehen können und dass wir in den nächsten Jahren für mehr Innovation, Kontrolle und Transparenz in der Kammer sorgen können.**